

**Medienmitteilung vom 23. August 2012**

**Voranschlag 2013 und Aufgaben- und Finanzplan 2014-2016**

## **Mehr Wunschenken als Realität**

**Die Grünen nehmen den Voranschlag 2013 mit Zurückhaltung und unguuten Gefühlen zur Kenntnis. Nachdem die vor einer Woche vorgestellte Hochrechnung 2012 die missliche Finanzlage des Kantons offengelegt hat, legt der Regierungsrat nun ein Budget mit äusserst optimistischen Steuerertragsprognosen vor. Der ausgeglichene Voranschlag kam ausserdem nur wegen problematischer Sparmassnahmen zulasten des Personals und öffentlicher Leistungsangebote zustande.**

Die Hochrechnung zur Jahresrechnung 2012 förderte zutage, dass der Kanton Bern statt eines Ertragsüberschusses von zwei Mio. Franken mit einem Defizit von voraussichtlich 425 Mio. Franken abschliessen wird. Hauptursache dafür sind die Steuer- und Vermögenserträge, die um 233 Mio. Franken unter den Voranschlagswerten liegen. Die unmittelbar vor den Sommerferien präsentierte Trendmeldung ging noch von einem Minus von 200 Mio. Franken bei den Steuererträgen aus – offensichtlich hat sich die besorgniserregende Situation über die Sommermonate bestätigt bzw. weiter akzentuiert. Entsprechend skeptisch stehen die Grünen dem Voranschlag 2013 zugrunde gelegten optimistischen Steuerertragsprognosen gegenüber. Warum sollten die Steuererträge gerade ein Jahr nach dem unerwarteten Einbruch wieder an der obersten Grenze der Prognosen liegen?

Auch sonst ist der ausgeglichene Voranschlag nur mit problematischen Massnahmen zustande gekommen. Nachdem der Regierungsrat im laufenden Jahr immer wieder auf die verschlechterte Konkurrenzfähigkeit des Kantons Bern auf dem Arbeitsmarkt hingewiesen hat, trägt der Voranschlag 2013 zu einem weiteren Anwachsen des Lohnrückstands auf andere Arbeitgeber bei. Die im Voranschlag eingestellten 0,5 Prozent sind auch bei der erwarteten Minussteuerung klar ungenügend. Die Kürzung von 45 Mio. Franken bei der ärztlichen Weiterbildung wird entweder zu einer zusätzlichen Belastung der Spitäler führen – oder dann aber zu einem Abbau in einem zentralen Bereich der öffentlichen Leistungen.

Vor diesem Hintergrund stellt der Voranschlag mehr Wunschenken als ein getreues Abbild der Realität dar. Die restriktive Schuldenbremse des Kantons Bern und die Angst vor einer Budgetblockade im Grosse Rat führte den Regierungsrat zu problematischen Annahmen und Massnahmen im Voranschlagsprozess. Das ist kaum im Interesse einer mittel- und längerfristig erfolgreichen Finanzpolitik. Klar ist, dass sich der Kanton in einer der finanzpolitisch schwierigsten Phasen seit den frühen 1990er Jahren befindet. Die Finanzplanzahlen und die erwartete Neuverschuldung von über 800 Mio. Franken zwischen 2014 und 2016 unterstreichen dies zur Genüge. Wenn ein weiterer Abbau öffentlicher Leistungen in Bildung, Gesundheit und öffentlichem Verkehr verhindert werden soll, dann braucht es am 23. September ein Nein zum Volks-

vorschlag bei den Motorfahrzeugsteuern und ein Ja zur Initiative „Faire Steuern – Für Familien.“

**Für weitere Auskünfte:**

Blaise Kropf, Präsident Grüne Kanton Bern, Grossrat, Tel. 079 263 47 68